



**RUHM UND EHRE
DEM GENOSSEN
BASAVARAJ!**

INHALT

INTERNATIONAL

- 4** **DER VOLKSKRIEG IN INDIEN, DIE OPERATION „KAGAAR“
UND GENOSSE BASAVARAJ**
- 7** **LATEINAMERIKA, DIE STEPPE, UND DER FUNKE,
DER DEN STEPPENBRAND AUSLÖST**

FRAUEN

- 14** **VERSCHWUNDENEN FRAUEN IN LATEINAMERIKA**

BRD

- 14** **EIN EINBLICK IN DIE PFLEGE**
- 16** **ZUM TAG DES SIEGES**
- 18** **BREMEN: ALTE NAZIS, KRIEGSVERBRECHER, VERWANDTE**
- 19** **BRANDENBURG: KRISELNDE SOZIALDEMOKRATIE**
- 20** **DORTMUND: SPD-FILZ BEI DEN STADTWERKEN**

KULTUR

- 22** **THE RED DETACHMENT OF WOMEN**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

der Monat Mai ist für Revolutionäre aller Welt ein Monat von Bedeutung, vor allem da dieser Monat mit dem internationalen Tag des Kampfes der Arbeiter für ihre Rechte, ihre Forderungen und ihre Ziele beginnt. Der 1. Mai wurde dieses Jahr in aller Welt, und in einigen Ländern im Besonderen gebührend gefeiert, wo die revolutionäre zusammen mit den Arbeitern, der Frauenbewegung, und anderen fortschrittlichen Kräften sich die Straßen nahmen, um gemeinsam gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Klassengesellschaft die Initiative zu ergreifen und den Kampf auf die Straße zu bringen, ihre Entschlossenheit, Wut und Kampfeswillen demonstrierend. Besonders waren die Kämpfe in der Türkei, wo die Revolutionäre besonders viel Repression trotzten, weil sie sich nicht das Recht nehmen lassen wollten auf dem für den 1. Mai historischen Taskim-Platz in Istanbul den Tag zu feiern, und auch auf den Philippinen wo es zu massiven Straßenkämpfen kam.

In Deutschland haben die Revolutionäre den 1. Mai in mehreren Städten in verschiedenen Teilen des Landes gefeiert. In Hamburg, Bremerhaven, Bremen, Köln, Essen, Freiburg und Bochum beteiligten sich Aktivisten des Roten Bunds an Gewerkschaftsdemonstrationen, wo sie revolutionäre Agitation und Propaganda unter die organisierten Teile der Arbeiterklasse trugen und die Stimme erhoben, sowohl für den heldenhaften Kampf des palästinensischen Volkes gegen die völkermörderische Kriegsmaschine Israels für ein freies Palästina, als auch für den Kampf der armen Bauern in Brasilien, die um Land kämpfen und von den Großgrundbesitzern ihren Handlangern, und dem brasilianischen alten Staat terrorisiert und ermordet werden. In Dortmund und Bremen hielt der Rote Bund Kundgebungen ab, wobei letztere sich zu einem kleinen Stadteifest entwickelte. In Leipzig und Berlin nahmen Aktivisten des Roten Bundes an den Revolutionären 1. Mai Demonstrationen teil. In all diesen Städten wurden zur Feier des Tages die Arbeiterviertel und Demonstrationsrouten mit Roten Fahnen geschmückt. Gemeinsam wurde der 1. Mai erfolgreich gefeiert.

Zum 52. Jahrestag der Ermordung von İbrahim Kaypakkaya fand am 17. Mai in einem Arbeiterviertel in Köln eine von Partizan und Roter Bund veranstaltete politisch-kulturelle Aktivität statt. Nach einer Demonstration in Solidarität mit der Internationalen Woche der Verschwundenen und den Samstagmüttern, welche in der Türkei eine lange Tradition hat, wurde der Todestag des Führers und Märtyrers der türkischen Revolution İbrahim Kaypakkaya, der vom reaktionären türkischen Staat vor 52 Jahren gefoltert und im Gefängnis ermordet wurde, auf kämpferische Art und Weise gedacht. Mit Redebeiträgen, revolutionärer Musik und anderen kulturellen Aktivitäten verkörperte die Veranstaltung einen hohen Geist des proletarischen Internationalismus und wurde von den Bewohnern des Viertels mit Freude empfangen. Zudem jährte sich diesen 17. Mai die Einleitung des Volkskriegs in Peru, was unter anderem auch bei dieser Veranstaltung gefeiert wurde.

Der Mai, in vielerlei Hinsicht für uns, die Arbeiterklasse, weltweit von enormer Bedeutung. Nicht zuletzt, weil am 8. Mai vor 80 Jahren, wir, das internationale Proletariat, die armen Bauern und die unterdrückten Völker der Welt, unter der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) den Faschismus in seinem um sich schlagenden Wüten im 2. Weltkrieg ein entschlossenes Ende bereitet haben.

In den letzten Wochen des Monats erschien eine bedeutende Nachricht aus dem Volkskrieg in Indien. Der reaktionäre Indische Staat setzt durch seine völkermörderische und blutige Einkreisungs- und Vernichtungskampagne „Kagaar“ dem Volkskrieg schwer zu. Die Massen leiden unter dem Gemetzel, welches ihre Rebellion im Keim ersticken und die Kommunistische Partei ausmerzen will, seien es tatsächlich Kombattanten der Volksbefreiungsguerillaarmee oder nur Bauern, die abgeschlachtet und dann für die Presse in Uniform gekleidet wurden. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) wurde ermordet. Im Zuge dessen wurde eine Internationale Kampagne zur Unterstützung des Volkskrieges in Indien ausgerufen, die alle Kommunisten, wahrhaften Demokraten, und Verteidiger der Rechte des Volkes dazu aufruft Stellung für den gerechten Kampf des Indischen Volkes zu beziehen und in Unterstützung dessen Aktionen zu entwickeln.

DER VOLKSKRIEG IN INDIEN, DIE OPERATION „KAGAAR“ UND GENOSSE BASAVARAJ

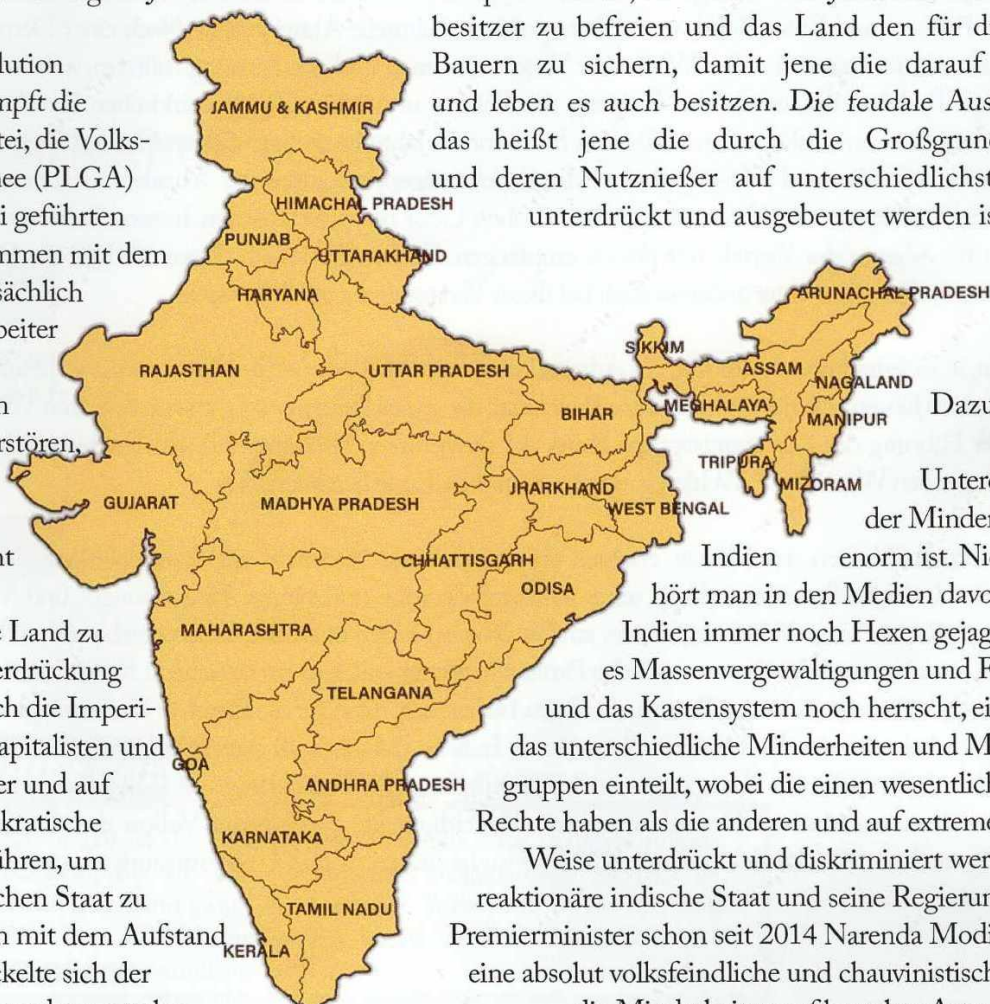
In den letzten Wochen des Monats Mai tauchten in den Nachrichten Meldungen von der Ermordung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch), Genosse Nambala Keshava Rao, Nom de Guerre Basavaraj, und der von 27 weiteren Kämpfern der Volksbefreiungsguerillaarmee auf. Der reaktionäre indische Staat brüstete sich damit das Oberhaupt des Volkskriegs, deren größten inneren Feind, vernichtet zu haben. Genosse Basavaraj ist im Kampf gefallen, der sein ganzes Leben der Revolution widmete und es der Kommunistischen Partei und dem Volkskrieg an seinem Kampfposten an der Front der KPI (maoistisch) gegeben hat, gegen eine blutige Belagerung der reaktionären Kräfte Indiens kämpfend, welche Teil der konterrevolutionären und völkermörderischen Operation Kagaar ist.

Seit Mai 1967 kämpfen die Kommunisten und Massen Indiens im Volkskrieg. 58 Jahren streben sie danach die

Demokratische Revolution zu entwickeln. So kämpft die Kommunistische Partei, die Volksbefreiungsguerillaarmee (PLGA) und die von der Partei geführten Organisationen zusammen mit dem Volk, von dem hauptsächlich arme Bauern und Arbeiter teilnehmen, darum den alten reaktionären indischen Staat zu zerstören, das Land den Großgrundbesitzern zu entreißen, neue Macht aufzubauen, mit der Perspektive das ganze Land zu befreien von der Unterdrückung und Ausbeutung durch die Imperialisten, die Bürokratkapitalisten und die Großgrundbesitzer und auf dieser Basis die demokratische Revolution durchzuführen, um einen neudemokratischen Staat zu errichten. Angefangen mit dem Aufstand von Naxalbari, entwickelte sich der Volkskrieg in Indien aus der zentralen

Region des Staates, in Naxalbari, was in der Region Darjeeling liegt und weitete sich in den Jahren des bewaffneten Kampfes auf die Regionen Bijapur, Kanker, Narayanpur, Sukma in Chhattisgarh, West Singhbhum in Jharkhand, und Gadchiroli in Maharashtra aus.

Dieses Gebiet wird auch als der „Rote Korridor“ bezeichnet. Geführt von der Kommunistischen Partei, entwickelt die PLGA militärische Aktionen, wie Hinterhalte, Sturmangriffe, Sabotagen und selektive Vernichtung, wobei in den letzten Jahren vor allem die letzten beiden hauptsächlich öffentlich bekannt wurden. Die PLGA führt den Kampf nicht alleine, nicht losgelöst von den Massen Indiens, sondern mit ihnen, sie besteht aus ihnen. Die meisten Kämpfer der Volksbefreiungsguerillaarmee sind arme Bauern und kämpfen darum, sich von dem Joch der Großgrundbesitzer zu befreien und das Land den für die armen Bauern zu sichern, damit jene die darauf arbeiten und leben es auch besitzen. Die feudale Ausbeutung, das heißt jene die durch die Großgrundbesitzer und deren Nutznießer auf unterschiedlichste Weise unterdrückt und ausgebeutet werden ist massiv.



Dazu kommt, dass die Unterdrückung der Minderheiten in Indien enorm ist. Nicht selten hört man in den Medien davon, dass in Indien immer noch Hexen gejagt werden, es Massenvergewaltigungen und Folter gibt und das Kastensystem noch herrscht, ein System das unterschiedliche Minderheiten und Menschengruppen einteilt, wobei die einen wesentlich weniger Rechte haben als die anderen und auf extreme Art und Weise unterdrückt und diskriminiert werden. Der reaktionäre indische Staat und seine Regierung, dessen Premierminister schon seit 2014 Narendra Modi ist, führt eine absolut volksfeindliche und chauvinistische Politik, die Minderheiten auf brutalste Art und Weise

unterdrückt, und mit Gewalt Indien vereinheitlichen will, so dass es nur für eine Kultur und Religion Platz gibt.

Seit der Kolonialherrschaft der Briten wurde in Indien die Spaltung der Gesellschaft auf Basis der Religion betrieben. Der sogenannte Kommunalismus, der eben die Unterschiede zwischen den verschiedenen Religionen und Völkern nutzt, um die Massen gegeneinander zu hetzen, für ihre Zwecke wird das von den Herrschenden in Indien genutzt um die ärmeren und ausgebeuteten Gruppen, wie Muslime, Adivasi (Ureinwohner) und Dalit („Unberührbare“, „Kastenlose“) zu enteignen und zu unterdrücken. Den Hindus wird versprochen das Eigentum dieser zu bekommen, wobei es natürlich hauptsächlich den politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Großgrundbesitzer und Bürokratkapitalisten im Dienste des Imperialismus dient. Die Reaktion dieser Volksgruppen, die im allgemeinen arme Bauern sind, ist es sich gegen diese Unterdrückung zu wehren, und um ihre Existenzgrundlage, das Land, zu kämpfen. Einer der bekanntesten Kämpfe der Bauern, war der Bauernaufstand in Naxalbari. Einer der Kommunisten die sich besonders in dem Kampf hervortaten, war der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten-Leninisten), einer Vorgängerorganisation der KPI (Maoistisch), und deren erster Generalsekretär Charu Mazumdar.

Der von der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) geführte Kampf der armen Bauern gibt diesen die Perspektive der Befreiung von der Unterdrückung. Sie verändert in der Tat die Realität dieser unmittelbar. Denn mittels des bewaffneten Kampfes in der PLGA, befreien sich die Bauern von der Herrschaft der Großgrundbesitzer und deren Handlanger, nehmen sich Land um zu leben und erobern und bauen Neue Macht auf. Diese ist die neue Gesellschaft, der neue Staat in Formierung, bei dem die Macht der revolutionären Klassen des Volkes, auf Basis des Bundes der (hauptsächlich armen) Bauern und der Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei aufgebaut wird. Das heißt es gelten eigene Gesetze und Rechte

für diese Gebiete. Die Stützpunktgebiete und Guerillazonen in denen die Macht des alten indischen Staates zeitweilig oder teilweise hinweggefegt wurde, verwalten sich eigenständig. Darin betreiben die Ärmsten und Fleißigsten ihre Politik, eine gemeinschaftliche Politik, mit dem Ziel eine gerechtere und bessere Gesellschaft aufzubauen. Zum Beispiel spielen die Frauen des Volkes, die in Indien sonst auf unglaublich grausame Weise unterdrückt werden, eine wichtige Rolle. Es wird das Land gerecht aufgeteilt und Regeln aufgestellt, die dafür sorgen dass eine Gleichberechtigung und relative Gleichheit angestrebt wird.

Gegen diesen gerechten Kampf entwickeln die mörderischen Horden des alten indischen Staates immer wieder Einkreisungs- und Vernichtungskampagnen, wie zum Beispiel „Operation Green Hunt“ und die letzte die immer noch andauert „Operation Kagaar“, bei denen die Bevölkerung abgemetzelt, Frauen vergewaltigt und Häuser und Felder der Bauern zerstört werden. Ob es tatsächlich Kombattanten der PLGA sind oder einfache Bauern, die sich nicht einmal gewehrt haben und nach der Gemetzel in Uniform gesteckt werden, ist denen egal und alles wird dargestellt als wäre die Operation ein Erfolg.

Am 21. Mai wurde Genosse Basavaraj und fast 30 weitere Genossen von den Schlächtern des Modiregimes ermordet. Der Genosse war seit sieben Jahren der Generalsekretär der Partei und führte den Volkskrieg. Der Tod des Genossen Basavaraj ist zweifellos ein harter Verlust für die Partei, das Proletariat, das Volk und die Internationale Kommunistische Bewegung, aber es ist mit Sicherheit eine Tatsache, dass die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) immer wieder gezeigt hat, wie sie sich von diesen schweren Verlusten erholen und den Weg des Volkskriegs aufrechterhalten kann. Charu Mazumdar selbst erklärte: „Hunderte Naxalbaris schwelen in Indien ... Naxalbari ist nicht gestorben und wird niemals sterben.“

Genosse Basavaraj ist ein historischer Führer dieser großen Partei, der mehr als 40 Jahre lang der Revolution





und der Neuen Demokratie in Indien gedient hat. Er trat zu Beginn der 80er Jahre in die Reihen der Revolution in der Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch-Leninistisch) ein und wurde 1987 in das Zentralkomitee gewählt. Der Genosse spielte eine bedeutende Rolle auf dem Einheitsparteitag der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) im Jahr 2004, wo er zum Aufbau und zur Verteidigung der Einheit der Kommunisten in Indien beitrug, um den Volkskrieg zu führen. Er spielte eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung, Guerillabasen und demokratische Organe der Volksmacht zu schaffen. Seit 2001 war er für die Führung der Militärkommission der Partei verantwortlich, in der er sich als großer Militärstrategie hervor tat. Genosse Basavaraj hat 2018 fest das Amt des Generalsekretärs der Partei, die Führung der Partei in schwierigen Momenten übernommen und gewusst, wie man sie leitet, um die finsternen Pläne des Feindes zu besiegen, die kommunistische Partei und den Volkskrieg auszulöschen. Indem Genosse Basavaraj bis zu seinem letzten Atemzug kämpfte, bewässerte er die Ernte der neumokratischen Revolution in Indien mit seinem unschätzbaren Blut. Er reiht sich ein in die mehr als 20 Mitglieder des Zentralkomitees der KPI (Maoistisch), die seit der Gründung der vereinigten Partei im Jahr 2004 ihr Leben für den Volkskrieg in Indien gegeben haben und die zusammen mit all den Helden des internationalen Proletariats den Weg zum goldenen Kommunismus ebnen.

Die Einkreisung, die im April in den Kerregutta-Bergen mit Zehntausenden von Soldaten gestartet wurde, zeigt die Verzweiflung des reaktionären Modiregimes. Die Kombattanten der Volksbefreiungsguerillaarmee (PLGA) haben mit begrenzten Ressourcen und Waffen

einen epischen Widerstand geleistet. Heute ist Genosse Basavaraj ein neues Glied in der glorreichen Kette herausragender Führer des internationalen Proletariats, die ihr Leben in Verteidigung des Marxismus-Leninismus-Maoismus und des Volkskriegs gegeben haben. Wenn der Feind glaubt, sie hätten ihn zerstört, irren sie sich. Sein Name lebt jetzt in den Herzen jedes Revolutionärs, im Gewehr jedes Guerillakämpfers, in der Wut jedes Bauern. Indem er großzügig sein Leben gab, rief Genosse Basavaraj alle Kommunisten und Antimperialisten zu den Waffen. Wagt zu kämpfen! Wagt zu siegen! Der heldenhafte Tod im Kampf der Genossen erfüllt die Kommunisten und Revolutionäre der Welt mit dem tiefsten Klassenhass gegen die Verräter, Kapitulanten, Liquidatoren und Opportunisten, gegen diejenigen, die durch den niederträchtigsten Verrat oder die abscheulichen und verrotteten Debatten, versuchen, das Volk von seinem Weg abzubringen: dem langandauernden Volkskrieg unter der Führung des Marxismus-Leninismus-Maoismus. •

Der Internationale Kommunistische Bund ruft alle marxistisch-leninistischen-maoistischen Parteien und Organisationen sowie alle demokratischen und antiimperialistischen Organisationen auf, eine dringende und außergewöhnliche Kampagne im Gedenken an Genossen Basavaraj durchzuführen, zur Verteidigung der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) und des Volkskriegs in Indien und gegen den Krieg gegen das Volk, der sich mit der Operation Kagaar abzeichnet. Diese Kampagne muss so schnell wie möglich beginnen und bis zur Woche der Märtyrer der Revolution in Indien vom 28. Juli bis 3. August andauern.

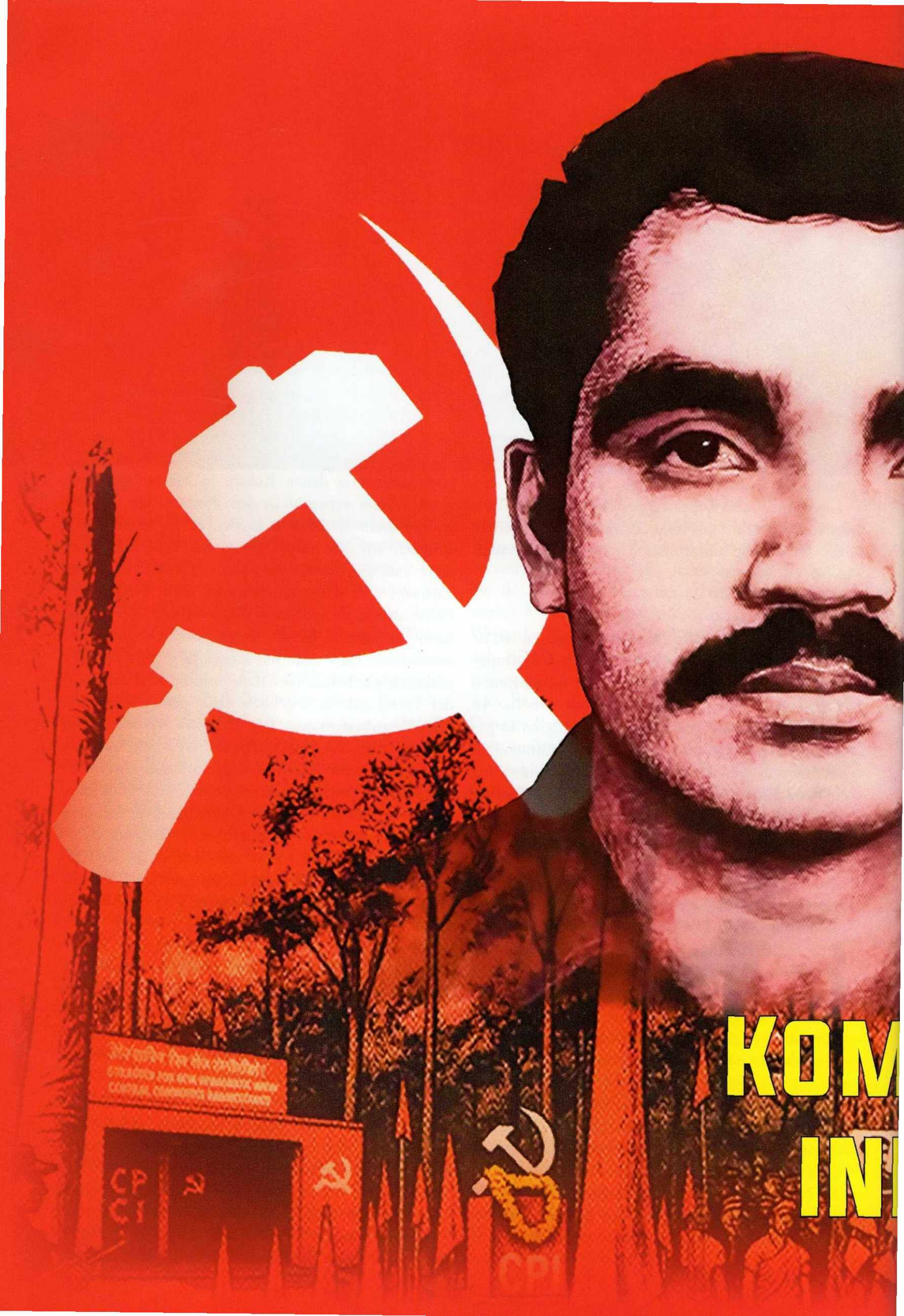
LATEINAMERIKA, DIE STEPPE, UND DER FUNKE, DER DEN STEPPEN-BRAND AUSLÖST!

Die Situation in Lateinamerika ist besonders heiß. Wohin man nur blickt ist die Situation kompliziert und die Empörung und Wut der Massen lässt das Spannungsthermometer steigen. Der Grund ist einfach, auch wenn bei genauerem hinschauen einem klar wird das alles genau zu durchblicken nicht einfach ist. Deshalb wollen wir den Leserinnen und Lesern einen kleinen Überblick geben, was in Süd- und Zentralamerika gerade die Stimmung unter den Völkern heiß werden lässt.

Was in Lateinamerika besonders zu spüren ist, ist dass der Imperialismus vor allem der US -imperialismus seinen ökonomischen und militärischen Druck auf den ganzen Kontinent erhöht. In seinem Wettstreit gegen über den anderen imperialistischen Mächten, kommt er zunehmend in Bedrängnis und fürchtet seine Vormachtstellung in der Region verlieren zu können. Gleichzeitig ist der Druck der aus der ökonomischen Konkurrenz entsteht am wachsen, was ihn dazu zwingt den Grad der Ausbeutung der unterdrückten Länder und Völker zu steigern. Dies hat unmittelbare folgen für die unterdrückten Völker Lateinamerikas. Das bedeutet dass überall die Rechte der Arbeiter angegriffen werden, der Lohn gesenkt und das Ausbeutungsmaß durch mehr Arbeit gesteigert wird, und für die armen Bauern bedeutet es die Preise ihrer Produkte werden dermaßen in den Boden gestampft, dass wenn sie nicht bereits ohne Land sind, ihres durch die über lebenswichtigen Kredite an die Banken abtreten. Oder die Großgrundbesitzer nehmen sich das Land wie schon zuvor, aber nun in radikalerem Ausmaß und mit wesentlich mehr Gewalt, um ihre Profite steigern zu können. Die Berge werden an Minenkonzerne des imperialistischen Finanzkapitals verschachert, und der Lebensraum der armen Bauern kontaminiert oder geraubt.

In Ecuador herrscht, praktisch seit dem Daniel Noboa diesen zum ersten mal im Januar 2024 ausgerufen hat, durchgehend Ausnahmezustand. Diesen verlängerte er diesen April schon zum dritten mal. Angeblich weil er die Bandenkriminalität die den Drogenschmuggel, der vor allem nach Europa geht bekämpfen will. Jedoch ist das eine bekannte Tatsache, dass die meisten Transportcontainer in denen Kokain in Massen gefunden wurde, dieses versteckt in den Bananen die er und seine Familie in Massen exportiert. Es handelt sich lediglich um den Kampf gegen das Volk das immer mehr aufbegehrt aufgrund von dem rasant steigenden Zuwachs von Minenausbeutung, dem Steigen der Preise und dem Senken der Löhne, und gleichzeitig kann er die Konkurrenten im Drogenhandel ausschalten. Zusätzlich war letztes Jahr ganz Ecuador praktisch ein halbes Jahr ohne Strom, denn aufgrund der Dürre gab es angeblich nicht genug Wasser in den Wasserkraftwerken. Seit längerem arbeitet Noboa an dem Plan die Streitkräfte der USA ins Land zu holen, mit dem Vorwand internationale Hilfe zur Bekämpfung des „Narcoterrorismus“, in Wirklichkeit aber dazu dass die USA ihre Ökonomischen Vorhaben schützen und mit Gewalt ihre Interessen durchdrücken kann. Und Militärisch wollen sie auf den Gallapagos Inseln eine Militärbasis aufbauen, um die Kontrolle des Pazifiks im Wettstreit gegen China zu sichern.

Die Situation des Volkes in Peru ist ähnlich, die Krise die auf den Schultern der ärmsten abgewälzt wird lastet schwer auf ihnen. Überall erheben sich die Massen gegen die Privatisierung des Sozialen Sektors (Schulbildung, Krankensystem, etc.), das heißt der Staat verkauft diesen an privat unternehmen was die sozialen Leistungen und deren Qualität, welche sowieso katastrophal schlecht ist, kürzt, diese teurer macht und diese so für die breiten Bevölkerungsmassen unzugänglich macht. Die Präsidentin Dina Boularte, die nach dem Putschversuch von Pedro Castillo eigentlich als eine Übergangsregierung eingesetzt wurde, hält sich, und damit im Interesse der Fraktion der bürokratischen Bourgeoisie, der sie



KOM
IN



**RUHM UND EHRE
DEM GENOSSEN
BASAVARAJ!**

**SIEG DEM
VOLKSKRIEG
IN INDIEN!**

**ES LEBE DIE
MUNISTISCHE PARTEI
IENS (MAOISTISCH)!**

dient, durch ständige Ausnahmezustände an der Macht. Unter dem Vorwand dass die Bandenkriminalität der illegalen Minenarbeiter bekämpft werden soll, die hauptsächlich arme Bauern sind die dieses Nebeneinkommen brauchen um überleben zu können und von Banden ausgebeutet werden, wird das ganze Volk mit Repression überzogen. Für dieses ganze Jahr wurde die militärische Präsenz von U.S. Truppen vom Parlament genehmigt, um die Mörderbanden des Staates (Militär und Polizei) auszubilden, um ihre Interessen des Tagebaus zu bestreiten, gegen die Massen und in Konkurrenz zu dem chinesischen Imperialismus. Aber vor allem im Kampf gegen die Kommunistische Partei Perus und den Volkskrieg, der sich diesen 17. Mai zum 45. mal jährte.

Massenproteste. Das Volk ist auf den Barrikaden, denn die Regierung will Reformen des Sozial- und Sicherheitssystems durchbringen. Es herrschten bereits schon große Unruhen seit dem der US-Imperialismus angekündigt hat wieder ihre Streitkräfte nach Panama zu schicken um den Panamakanal für ihre Interessen zu sichern. Seit der erzwungenen Abspaltung Panamas von Kolumbien durch die USA, war Panama Jahre lang besetzt, unter anderem stand dort lange Zeit die größte Militärbasis der Yankees auf dem Kontinent. Mehr als 5000 Arbeiter von Chiquita beteiligten sich an dem Streik. Der Monopolkonzern konnte etwa 75 Millionen an Umsatz nicht erwirtschaften, die sie als „Verlust“ deklarieren. Die Konsequenz ist, dass sie alle Saisonarbeiter fristlos gekündigt wurden.

In Kolumbien scheitert derweilen der sich als „links“ ausgebende Gustavo Petro, der mit der ganzen opportunistischen Clique des „historischen Pakts“ sich als die erste „linke“ Regierung feiert, an den versuchen durch „Friedensverhandlungen“ die revisionistischen Guerillabewegungen und mit denen verbundenen bewaffneten Kampf der armen Bauern zu beenden.



Venezuela steht immer noch im Grenzkonflikt mit Guayas und dieser droht zu eskalieren. In Chile vertieft sich der Kampf der armen Bauern um Land. El Salvador führt Krieg gegen die armen des Landes und Mexikos Armee führt im unmittelbaren Interesse der Imperialisten, finanziert durch den Drogenhandel ebenfalls Krieg gegen das Volk. Und in Bolivien bekriegen sich die Fraktionen der Großbourgeoisie unter einander, während das Land am Rande vom Generalstreik aufgrund der enormen Inflation und den gestiegenen Lebenskosten.

Panama ist stillgelegt, denn die Arbeiter des Bananenexport Monopols „Chiquita“, die einen besonders unbeständigen und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen stecken, haben die Produktion stillgelegt und es herrschen im ganzen Land

Der Funke der den Steppenbrand entfachen wird, ist der Kampf der armen Bauern in Brasilien. Geführt von Maoisten nehmen die armen Bauern Tag für Tag immer mehr Land in Besitz und entwickeln den Kampf um den Boden, die die gerechte Verteilung des ganzen Landes und die Vernichtung der Macht der Großgrundbesitzer vorsieht. Den Schlägern der Großgrundbesitzer dem Militär und der Polizei entschlossen entgegnend, kämpfen die armen Bauern organisiert und bewaffnet und sind ein Beispiel für die Völker Lateinamerikas. Ein geringer Sprung in der Qualität dieses Kampfes reicht aus, und der Funke springt über. •

VERSCHWUNDENEN FRAUEN IN LATEINAMERIKA

Die Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika steigt an. Immer wieder verschwinden Frauen bzw. werden bewusst „verschunden“ gelassen. Tausende sind davon betroffen.

Verschunden gelassen bedeutet, dass eine Person von staatlichen Autoritäten oder anderen Organisationen verhaftet oder entführt wird. Der Ort der verschwunden gelassen Person wird dabei verheimlicht und sie kann nicht durch Gesetze geschützt werden. Besonders in Lateinamerika ist diese Praxis weit verbreitet. Das liegt zum Einen an dem Anstieg quasi-militärischer nicht-staatlicher Organisationen wie den Drogenkartellen und Gangs, aber andererseits auch daran, dass es eine gängige Praxis in der Ausübung staatlicher Macht ist.

MEXIKO

Sandra Estéfana Domínguez Martínez verschwand gemeinsam mit ihrem Ehemann im Oktober vergangenen Jahres. Sie war eine Vorkämpferin für Frauenforderungen, die für die Rechte des Volkes kämpfte, weswegen sie vom mexikanischen Staat gewaltsam verschwunden gelassen wurde.

Sie wurde Ende April gemeinsam mit ihrem Ehemann ermordet aufgefunden. Dem waren monatelange

Proteste und Forderungen nach ihrer lebendigen Rückbringungen vorausgegangen.

In Mexiko verschwinden immer wieder Frauen und Männer, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch. Zum Einen wird versucht, wie im Fall von Sandra, Aktivistinnen so zum Schweigen zu bringen, entweder durch den Staat selbst oder durch die organisierte Kriminalität (die entweder dem Staat direkt dient und/oder ein Komplement zu ihm darstellt).

Dadurch soll versucht werden, Menschen, die für die Rechte des Volkes kämpfen, einzuschüchtern, denn die Gefahr des gewaltsamen Verschunden werden lassen, ist immer präsent.

Viele Frauen verschwinden aber auch aus anderen Gründen. Häufig handelt es sich dabei um junge Frauen aus den unteren gesellschaftlichen Klassen. Während Männer, die verschwunden gelassen werden, häufig als Arbeitskräfte benutzt werden, werden die jungen Frauen meist zwangsprostituiert oder bei Drogenbossen als Haussklaven eingesetzt.

Junge Mädchen werden zur illegalen Adoption freigegeben. Dabei muss das Verschwindenlassen der Frauen nicht unbedingt gewaltvoll und unter Zwang passieren. Durch psychologische Taktiken werden Frauen z.B. auf unterschiedlichen Internetplattformen durch angebliche Romanzen von ihrer

Familie isoliert, sodass sie freiwillig mit den Tätern verschwinden. Ähnlich der sogenannten Lover-boy-Masche, die auch hier in der BRD immer wieder für Aufmerksamkeit sorgte. Dadurch, dass die Frauen „freiwillig“ verschwinden, wird ihr Verschwinden nicht als zwangvoll betrachtet.

Eine andere Form ist das Locken mit Job-Angeboten für Frauen, was besonders während der Corona-Krise und der

Protest vor dem Regierungspalast fordert die lebendige Herausgabe von Sandra



damit verbundenen steigenden Arbeitslosigkeit mehr wurde. Die Frauen bekommen zwar Arbeit, meist aber nicht die versprochene oder sie sollen angebliche Gebühren zahlen und gelangen so in einen Kreislauf von Schulden, aus dem sie nicht mehr ausbrechen können. In Mexiko wurden nur zwei bis sechs Prozent der Fälle im Jahr 2021 strafrechtlich verfolgt und in nur 36 Fällen gab es eine Verurteilung.

BRASILIEN

In Brasilien verschwanden zwischen 2019 und 2020 offiziell mehr als 200.00 Personen. 38 Prozent von den verschwundenen sind Frauen. 30 Prozent von ihnen sind Kinder zwischen 12 und 17 Jahren.

2019 wurde ein Gesetz erlassen, welches ein nationales Register für verschwundene Personen einführen sollte, doch bis heute gibt es dieses nicht. Deswegen basieren die Zahlen auf Schätzungen.

Auch in Brasilien lässt der Staat durch seine Polizei und Militärpolizei Personen verschwinden, foltert sie zu Tode und verdeckt durch das Verschwinden lassen ihren Tod. Besonders davon sind die Armen in den Favelas betroffen.

Aber auch patriarchale Gewalt sorgt dafür, dass Frauen verschwinden. Wir erinnern an den Fall Remís Carla, einer jungen Aktivistin der Studentenbewegung, die im Dezember 2017 von ihrem

Ex-Freund ermordet wurde. Ihrer Familie gelang es eine Vermisstenmeldung aufzugeben und die Leiche von Remís Carla konnte innerhalb weniger Tage gefunden werden, weil ihre Familie und Klassenkameraden eine große Kampagne starteten.

Der Täter wurde 2021 zu 18 Jahren Haft verurteilt, jedoch wurde er bereits Mitte 2023 wieder freigelassen. Im Sommer 2024 wurde der Täter erschossen von der Polizei aufgefunden – offenbar hat jemand anders als der alte brasilianische Staat für Gerechtigkeit gesorgt.

KEINE AUFLÄRUNG DURCH DEN ALTEN STAAT

Die Fälle von Sandra Estéfana Domínguez Martínez in Mexiko und Remís Carla zeigen sehr gut, was ein allgemeines Problem in Lateinamerika, wo das Verschwinden von Menschen einer Seuche ähnelt, ist:

Solange die Familienmitglieder, besonders die Mütter und Schwestern, von verschwunden gelassenen Personen nicht eine eigene Suchkampagne entwickeln, tun die alten Staaten nichts. Das bestätigt sich auch in Fällen aus Peru, wo im Jahr 2020 innerhalb von nur vier Monaten offiziell 1.200 Frauen verschwanden und nicht einmal klar ist, ob sie Opfer von Gewalt wurden oder selbst vor häuslicher Gewalt während der Coronakrise flohen.

Während des sogenannten Lockdowns machten



*Aktivistin der Studentenbewegung MEPR
in Brasilien gedenken Remís Carla*

„Dass die verschwundenen Häftlinge lebendig erscheinen“
– Protest der Mütter des Platzes der Mairevolution



Frauen sogar 63 Prozent der Vermisstenfälle in Peru aus. Ihnen wird eine Mitverantwortung zugeschoben und ihr Verschwinden wird als Schrei nach Aufmerksamkeit von ihrem Mann von den Behörden abgetan. Wie auch in den anderen Ländern Lateinamerikas wird, wenn überhaupt, viel zu langsam nach den Frauen gesucht.

Dazu kommt, dass viele Familien erst gar keine Vermisstenanzeigen aufgeben, da sie den staatlichen Institutionen nicht trauen, da diese – wie beschrieben – selbst Menschen verschwinden lassen. Auch durch das Patriarchat wird das Verschwinden einer Frau als wenig bedeutend und ihr Leben als weniger wertvoll betrachtet. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Korruption vieler Polizisten, die mit der organisierten Kriminalität unter der Decke stecken und gar kein Interesse an der Aufklärung der Vermisstenfälle haben, da sie davon profitieren, oder sie verlangen schlichtweg Geld von den Familien dafür, dass sie der Sache nachgehen. Wie immer leiden besonders die armen und auch die indigenen Bauern unter der Gewalt durch die kriminellen Banden und den alten Staat.

PROTESTBEWEGUNGEN FORDERN

AUFKLÄRUNG

Innerhalb der Geschichte Lateinamerikas gab es immer wieder soziale Bewegungen, die das Verschwindenlassen von Personen verurteilten und öffentlich die Herausgabe der Menschen forderten. Ein Beispiel sind die Madres de Plaza de Mayo (Mütter des Platzes der Mairevolution), die sich während des Militärregimes in Argentinien gründeten und kollektiv Informationen über den Verbleib ihrer erwachsenen Kinder forderten, die verschwunden waren. Entstanden mit dem Verständnis, dass das Verschwinden ihrer Kinder kein Einzelfall war und sie den Kampf kollektiv führen müssen.

Der Staat versuchte sie zu diskreditieren und als „verrückt“ abzustempeln, aber die Protestbewegung

wuchs stetig an. Auch wenn einige Führerinnen der Bewegung selbst vom Staat ermordet wurden. Nach dem Ende der Junta spaltete sich die Gruppe in zwei Fraktionen. Eine Gruppe arbeitet seither stärker mit dem alten Staat zusammen, die andere lehnt staatliche Unterstützung ab und will u.a. die politische Arbeit ihrer Kinder weiter fortsetzen.

Auch heute gibt es in den verschiedenen Ländern Organisationen, die von den (meist weiblichen) Familienmitgliedern gegründet wurden und die Suche nach ihren verschwunden gelassenen Familienmitgliedern selbst organisieren und Aufklärung vom Staat fordern. Dabei begeben sie sich häufig selbst in Gefahr, Opfer des gewaltvollen Verschwindenlassens zu werden.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür sind die Samstagsmütter. Seit dem 27. Mai 1995 – seit 30 Jahren – führen sie auf dem Istiklal-Boulevard in Istanbul immer wieder – mittlerweile über eintausend! – Aktionen durch. Sie verlangen Aufklärung über das Schicksal ihrer im Polizeigewahrsam verschwundenen Angehörigen: Menschen, die nach ihrer Verhaftung nie mehr zurückgekehrt sind, von denen angenommen wird, dass sie unter staatlicher Aufsicht ermordet wurden. Auch nach Jahrzehnten lauten die Forderungen der Samstagsmütter: Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen, Prozesse gegen die Mörder und Verantwortlichen, ein Ende der Straflosigkeit, die Unterzeichnungen Internationaler Schutzkonventionen und die Möglichkeit, verschwundene Angehörigen auch ohne sterbliche Überreste endlich beerdigen zu können. Bei ihrem Protest zeigen die Samstagsmütter nicht nur Fotos von ihren verschwundenen Angehörigen, sondern auch Bilder von progressiven Menschen, die durch den Staat ermordet wurden.



EIN EINBLICK IN DIE PFLEGE

Es ist kein Geheimnis, dass in vielen deutschen Pflegeheimen gravierende Missstände herrschen. Die Berichte über unzureichende Betreuung, überlastetes Personal und unhaltbare Zustände häufen sich.

Oft mangelt es an ausreichend Fachkräften, was dazu führt, dass die Bedürfnisse der Bewohner nicht angemessen oder auch gar nicht berücksichtigt werden (können). Diese Situation ist besonders besorgniserregend, wenn es um Einrichtungen geht, die sich um Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen und Behinderungen kümmern.

Wie sieht die Realität in einem psychiatrischen Pflegeheim in Deutschland aus, in dem Menschen leben, die so schwer erkrankt sind, dass sie sich nicht mehr selbst versorgen können? Der Bericht einer ehemaligen Praktikantin in einem Pflegeheim macht die erschreckende Situation deutlich und wirft ein Licht auf die Missstände, die dort herrschen.

Sie beschreibt eine Szene, die einem den Atem raubt: „Da war ein Mensch, der wurde fast jeden Tag mindestens drei, vier Stunden lang fixiert [...]. Die haben dann einfach die Tür zugemacht.“ Diese Worte sind nicht nur ein Ausdruck von Frustration, sondern auch ein Hilferuf, der die Dringlichkeit der Problematik unterstreicht.

Aufgrund solcher alarmierenden Hinweise hat sich eine Reporterin von RTL im Rahmen der Wallraff-Reportagen als Praktikantin in dieser Einrichtung beworben. Kurz darauf begann sie, die Vorwürfe zu überprüfen und die Realität vor Ort zu dokumentieren.

Im Buttlarhof, im hessischen Immenhausen, lebt ein 22-Jähriger, der laut einer Pflegerin an Autismus, ADHS und einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet. Seine Intelligenz ist beeinträchtigt, und er hat in seiner Kindheit schreckliche Erfahrungen gemacht: Er wurde von seinem Vater regelmäßig misshandelt und eingesperrt. Im „Haus der Betreuung und Pflege“ hoffte er auf ein sicheres Zuhause, in dem man sich um ihn kümmert und ihm die Unterstützung bietet, die er dringend benötigt.

Immer wieder sucht der junge Mann verzweifelt die

Aufmerksamkeit der Betreuer, doch diese reagieren meist genervt, wenden sich von ihm ab und machen abfällige Kommentare. Es ist offensichtlich, dass er in seiner Not allein gelassen wird. Bereits an ihrem zweiten Tag in der Einrichtung wird die Reporterin Zeugin, wie eine Situation eskaliert und der junge Mann fixiert werden soll. Laut einem richterlichen Beschluss ist dies für maximal vier Stunden erlaubt, doch die Umstände, unter denen dies geschieht, sind alles andere als akzeptabel.

Der junge Mann schreit und weint, weil er ahnt, was ihm bevorsteht. Doch sein Bangen und Flehen bleibt ungehört. Gegen seinen Willen wird ihm eine Windel angelegt, und er wird mit Gurten an Händen, Füßen und Bauch ans Bett gefesselt. Die Tür wird geschlossen, und er bleibt allein zurück, während er stundenlang schreit. Diese grausame Behandlung ist nicht nur eine Verletzung seiner Würde, sondern auch ein klarer Verstoß gegen die Grundsätze der Pflege.

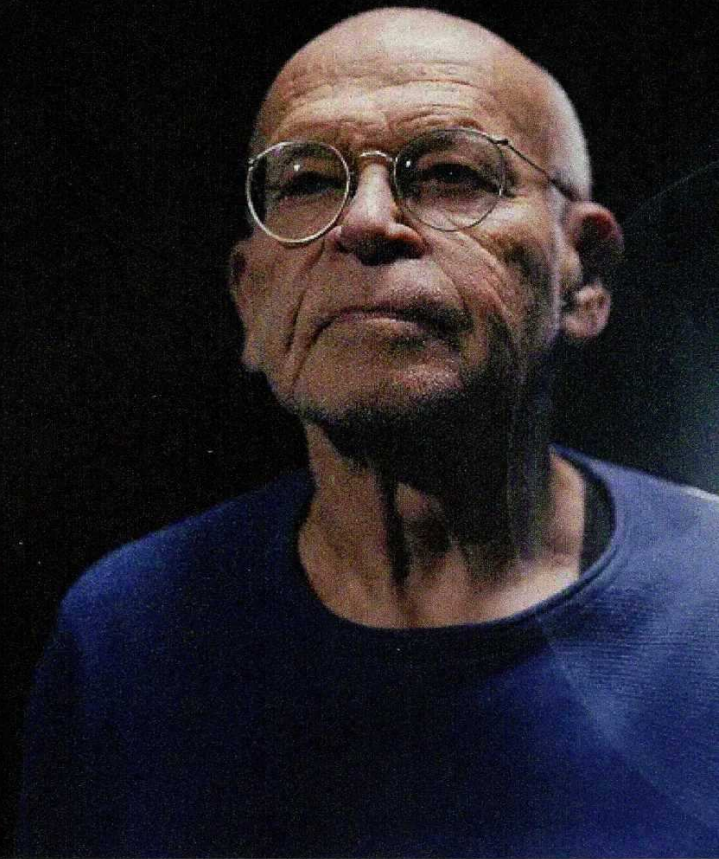
Eine Pflegeexpertin bewertet die Aufnahmen der RTL-Reporterin und stellt fest: Der junge Mann verhält sich nicht so herausfordernd, dass eine Fixierung gerechtfertigt wäre. Er sitzt ruhig auf dem Stuhl, weint aus Angst, weil er weiß, dass er gleich festgeschnallt wird. Die Art und Weise, wie man mit ihm umgeht, sei unmenschlich.

An einem anderen Tag ist die Stimmung besser. Zu seinem Geburtstag erhält der junge Mann endlich einmal die Aufmerksamkeit, die er so dringend sucht und die ihm viel zu selten zu teil wird, da den Pflegekräften oft die Zeit fehlt.

Ihnen ist klar, dass sich an der Situation etwas ändern muss und dass Fixierungen in eskalierenden Situationen keine Lösung sind. Doch trotz dieser Einsicht eskaliert die Situation mit dem jungen Mann immer wieder. Die Pfleger verlieren regelmäßig die Kontrolle über ihn und auch über sich selbst – sie schlagen den jungen Mann.

Die Reporterin ist überzeugt, dass hier nicht böse Menschen willkürlich einen Hilfsbedürftigen schlecht behandeln, sondern dass grundsätzlich etwas im System falsch läuft. Das Pflegepersonal ist überlastet und überfordert, Hilfskräfte werden in schwierigen

#wallraffen



Situationen allein gelassen, ohne die nötige Schulung oder Einweisung. Diese systemischen Probleme führen zu einem Teufelskreis, der die Situation für alle Beteiligten verschärft.

Über ein halbes Jahr wurde vergeblich versucht, den jungen Mann an einem geeigneteren Ort unterzubringen. Es fehlen die Kapazitäten, und Plätze in entsprechenden Einrichtungen sind schwer oder gar nicht zu finden.

Die Suche nach einem geeigneten Platz gestaltet sich als nahezu aussichtslos, was die Verzweiflung der Angehörigen und des Pflegepersonals nur noch verstärkt. Die systemischen Fehler, die zu der Gewalt im Buttlarhof führen, sind alarmierend und werfen ein grelles Licht auf die Missstände im gesamten Pflege- und Gesundheitssystem. Diese Behandlung der Schwachen und Hilfebedürftigen ist Ausdruck davon wie verkommen der Imperialismus ist.

Die Berichte über die Zustände im Buttlarhof sind keine Einzelfälle, sondern spiegeln ein weit verbreitetes Problem wider. In vielen Einrichtungen fehlt es an Ressourcen, sowohl personell als auch finanziell. Die Pflegekräfte sind oft überlastet und müssen sich um eine Vielzahl von Patienten kümmern, was dazu führt, dass sie nicht die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit aufbringen können, die jeder Einzelne benötigt. Diese Überlastung führt nicht nur

zu einem Rückgang der Pflegequalität, sondern auch zu einem Anstieg von Stress und Frustration unter den Mitarbeitern, was sich wiederum negativ auf die Betreuung der Bewohner auswirkt.

Die Reporterin dokumentiert die erschreckenden Vorfälle und die unhaltbaren Bedingungen, die in der Einrichtung herrschen. Sie zeigt auf, dass die Fixierung des jungen Mannes nicht nur eine kurzfristige Lösung darstellt, sondern vielmehr ein Zeichen für die tiefgreifenden Probleme im System ist. Es ist bezeichnend, dass in Deutschland solche Zustände toleriert werden.

Die gesamte Reportage ist auf RTL+ verfügbar und bietet einen Einblick in die teils grausame Realität, die viele Menschen in Pflegeeinrichtungen erleben müssen. Sie ist ein eindringlicher Appell, die Augen nicht vor diesen Missständen zu verschließen.

Die Menschen, die in Pflegeheimen leben, verdienen Respekt, Würde und die bestmögliche Betreuung. Das liegt insbesondere auch in der Verantwortung des Staates, doch dieser lässt die Menschen in Not und Elend alleine. •

ZUM TAG DES SIEGES

Am 8. Mai 2025 jährte sich der Tag des Sieges über den deutschen Faschismus zum achtzigsten Mal. Für diesen Sieg kämpfte auch die Avantgarde der Arbeiterklasse in Deutschland, die Kommunistische Partei Deutschlands. Nach Schätzungen wurden bis zu 150.000 ihrer Mitglieder verhaftet, verschleppt, in Konzentrationslager gesperrt. Bis zu 30.000 fielen im Kampf gegen den deutschen Faschismus, rund ein Dutzend Führer der KPD gaben ihr Leben, inklusive zweier Parteivorsitzende, Ernst Thälmann und John Schehr.

Wir dokumentieren mit diesem Anlass die Rede des Roten Bund zur Feier des 80. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus in Wien:

„Die Niederlage Nazideutschlands ist der Sieg der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt. Der Untergang des sogenannten 3. Reichs führte dazu, dass für einige Jahre ein wirklicher antifaschistischer Staat entstand, die Deutsche Demokratische Republik, ist der einzige Staat auf deutschem Boden, der je den wahren Interessen des deutschen Volkes gedient hat. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung für alle die gegen Imperialismus und Reaktion sind. Es ist der Tag unseres Sieges.

Aber im heutigen Deutschland, in welchem es nur einen Staat gibt, die sogenannte Bundesrepublik Deutschland, wird nicht großartig gefeiert. Die BRD welche die, ja schon von den Revisionisten usurpierte DDR, vor fast 35 Jahren annektiert hat und sich selbst als Nachfolgestaat des sogenannten 3. Reichs siehst, organisierte keine großen Feiern. In Berlin haben die Leute an diesem Tag frei, aber das hat mehr etwas damit zu tun, dass Berlin sowieso weniger Feiertage hat als andere Bundesländer, als mit etwas anderem. Sonst gibt es nichts mehr als jämmerliche Scheinzeremonien an welchen die offizielle „Wahrheit“ verkündet wird, dass „wir Deutschen alle schuld sind“ - als seien es nicht die aber-hunderttausenden Kommunisten und klassenbewussten Arbeiter gewesen die als Erste in die KZs geworfen wurden, die als Erste gejagt, gefoltert und ermordet wurden von den Hitlerfaschisten. Die Nazis waren die Kreaturen des deutschen Finanzkapitals, die monströse Schaffung des deutschen Imperialismus. So ist es nicht komisch, dass der Staat BRD nicht darauf setzt diesen Tag, den

8. Mai, zu feiern. Für diesen ist es nämlich im Grunde genommen nicht ein Tag der Befreiung sondern ein Tag der Niederlage. Die BRD ist der Staat der gleichen dunklen Mächte die das sogenannte 3. Reich herauf beschworen haben, es ist der Staat des Finanzkapital, der Staat der Imperialisten.

Heute, wo die Militarisierung hemmungslos vorangetrieben wird, wo das Kriegsministerium wieder fast unendliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, wo der Bevölkerung mitgeteilt wird, dass die gesamte Gesellschaft „kriegstüchtig“ werden muss – da ist das nichts anders als Revanchismus. Es ist die gleiche Kriegstreiberei, es ist der gleiche Geist, der gleiche dem Imperialismus inhärente Wahnsinn, den die Nazis damals vorangetrieben haben. Der Angriff auf die bürgerlich-demokratischen Rechte, die Negierung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die immer stärkere offene politische Aktivität des Geheimdienstes und der Polizei – diese Liste könnte man fast endlos fortführen – folgt der gleichen Logik wie bei den Hitlerfaschisten: um einen Krieg zu entfesseln müssen die Reaktionäre zuerst ihr eigenes Volk attackieren. Keine Wunder, dass die heute nicht feiern.

Umso pikanter ist die Tatsache, dass alle die, die sich als „Antifaschisten“ darstellen, diejenigen die nie müde werden ins Feld zu ziehen um die „Gefahr von Rechts“ zu bekämpfen, nicht auf die Straßen strömen, um diesen Tag der Befreiung zu feiern. Umso schändlicher ist es, dass alle die „revolutionären“ Parteien und Organisationen, die mit voller Kraft am Wahlzirkus teilgenommen haben, keine große bundesweite Demonstration organisiert haben, um diesen Tag zu feiern. Wir müssen selbstkritisch sagen, dass wir leider nicht die Kraft dafür gehabt haben, aber die schon: die haben hunderttausende von Euro in den „Wahlkampf“ gesteckt, die haben ganze Städte zugemüllt mit Plakaten, um eine handvoll Stimmen zu bekommen und unzählige Arbeitsstunden von deren Fußvolk benutzt, um Wahlpropaganda zu machen, aber sie haben nichts gemacht, um von sich Reden zu machen, in der Frage den 80. Jahrestag der Befreiung zu feiern.

Aber, auch das ist kein Wunder. Die „Staatsantifa“ ist die treueste von allen der Gefolgsleute der BRD, die wollen um jeden Preis ihre parasitäre Existenz im

ALTE NAZIS, KRIEGSVERBRECHER, VERWANDTE

Anne Mechels und ihre Geschwister haben den eigenen Großvater auf Bildern in einer Polizei-Ausstellung entdeckt. Nach eigenen Aussagen dachten sie und ihre Geschwister, dass die Familie „politisch denkend und antifaschistisch“ gewesen sei.

Opi sei 1948 angeblich als „Kriegsgefangener“ ins Gefängnis gesteckt worden. Jedoch war das nicht der Fall. Bei der Aufarbeitung kam raus, dass ihr Großvater, Johann Mechels, geboren im Jahr 1897 in Ostfriesland, zwar „politisch denkend“ aber so gar nicht antifaschistisch war.

1943 wurde Mechels zum Major der Polizei befördert und in Groningen stationiert. Dort ließ er mindestens 16 Menschen in Vierergruppen erschießen. Darunter war auch ein 13-jähriger. Angeblich haben diese 16 Menschen Äste auf die Straße gelegt hat. Es lagen kleine „Bäumchen“ auf der Straße. Das war der Grund, „um Recht und Ordnung wiederherzustellen“ kurzerhand alle zu ermorden, denn der Opi nannte das einen „Sabotageakt“.

Im Zuge einer Dokumentation für das Niederländische Fernsehen sagte ein Überlebender, dass er selbst auf die Idee mit den „Bäumchen“ kam und er seinen ermordeten Freund dazu angestiftet habe. Erst im Alter von 90 Jahren hat der Mann darüber gesprochen.

Der Bremer „Weser-Report“ hat darüber im März berichtet. Darin spricht die Enkelin des Mörders und Faschisten. Ihr Opa sei kein „Monster“, sondern ein Ostfrieser, ein Polizist und gläubiger Christ seiner Zeit.

„Wenn wir als Gesellschaft für ein „Nie wieder!“ stehen wollen, müssen wir uns bewusst machen, dass die Täter auch ganz normale Menschen waren“, ist sie überzeugt. Und sie hat recht, zum Teil. Aber das ganz normale Menschen unbeschreiblich böse Dinge tun,

dass fällt nicht vom Himmel.

Man wird nicht zum „Täter gemacht“. Letztlich trifft jeder am Ende eine eigene Entscheidung darüber was man tut und was nicht tut. Opi war ein Faschist, ein Verbrecher, ein Mörder, weil er ein Handlanger des deutschen Imperialismus war und entsprechend bewusst handelte. Er ist freiwillig Polizist geworden, er hat entschieden die Menschen umbringen zu lassen. 1954 wurde er nach nur 6 Jahren Haft, die er dafür verbüßen musste, entlassen.

Solch pseudo-progressiven und pseudo-antifa-



schistischen Geschreibsel, typisch für die staatliche Kampagne gegen die AfD, wie der Weser-Report sie produziert, muss entschieden widersprochen werden. Die bürgerlichen Partei-Bonzen, die in unserem Land Politik für die Bourgeoisie machen, sind keine Leute, denen wir wehrlos ausgeliefert sind.

Es sind und waren die Leute, gegen die wir rebellieren müssen. Letzten Endes kann man all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Die Rebellion ist gerechtfertigt. Nicht Pessimismus und Ohnmacht, sondern „Kämpft und wehrt euch!“ ist der Schluss, den wir ziehen. •



imperialistischen deutschen Staat schützen. Die Revisionisten und Opportunisten aller Couleur wollen keine großen Feierlichkeiten, weil die wissen, dass die solche nicht kontrollieren können, die wissen, dass dort diejenigen, die uns diesen Tag mit ihrem wertvollen Blut erkämpft haben, gefeiert werden würden. Die Revisionisten und Opportunisten haben Angst vor diesem Tag, denn der Tag der Befreiung ist der Tag des Sieges der Roten Armee, es ist der Tag des Sieges des Staates der Diktatur des Proletariats, es ist der Tag des Sieges der Sowjetunion, es ist der Tag des Sieges der Partisanen mit den Kommunisten an ihrer Spitze.

Den 8. Mai zu feiern, den Tag der Befreiung zu feiern, ist die Sieger zu feiern und die kann man nicht ohne die Kraft feiern, die die Rote Armee und den Sowjetstaat führte, die die Kommunisten in der ganzen Welt als ihre Vortruppe verstanden haben: die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Jede Feier des Tages der Befreiung, die nicht den Namen des Führers der KPdSU (B), des Heerführers der Roten Armee, des Führers der Sowjetunion und des Anführers aller Kommunisten in der Welt in der Zeit, nennt, ist Heuchelei und erbärmliches Schachern mit dem Blut von aber Millionen Antifaschisten. Die Revisionisten und Opportunisten trauen sich sogar nicht seinen Name auszusprechen. Wir schon. Heute Ehren wir den Genossen Stalin, der Schrecken der Faschisten und aller falschen „Kommunisten“!

wichtig etwas zu sagen, besonderes weil wir hier in einem Land sind in welchem zehntausende Kinder des Volkes ihr Leben gaben für die Befreiung von den Hitlerfaschisten und deren chauvinistischem Traum vom „Großdeutschland“.

Wir ehren die Partisanen die mit dem Schwur „Freiheit!“ den Tod für die Besatzer brachten. Wir begrüßen die Vortruppe der österreichischen Arbeiterklasse, die glorreiche Kommunistische Partei Österreichs, den Stoßtrupp des nationalen Befreiungskampfes, vor allem die 12 Helden des Zentralkomitees. Damals wie heute ist „Großdeutschland“ die Fahne der Faschisten, die Fahne der Pest und des Tods, die Fahne des verdamnten Hakenkreuzes.

Die Fahne des Internationalismus, die Fahne der festen, unerschütterlichen Freundschaft der Völker Österreichs und Deutschlands, ist unsere Fahne, die rote Fahne mit dem Hammer und Sichel. Das, Genossen, ist auch die Fahne des Sieges, die Fahne des Tages der Befreiung unter welcher wir uns heute vereinen.

**Es Lebe der Tag der Befreiung!
 Tod dem Faschismus!
 Tod dem deutschen Imperialismus!
 Ruhm der Sowjetunion,
 der Roten Armee
 und dem Genossen Stalin!
 Ruhm den Partisanen!“**

Genossen, bevor wir zum Ende kommen ist es für uns

KRISELNDE SOZIALDEMOKRATIE

Brandenburgs sozialdemokratische Innenministerin Katrin Lange gerät weiter unter Druck. „Katrin Lange ist als Innenministerin keinen Tag länger tragbar!“, heißt es im Potsdamer Schweinestall.

Warum? Ende Mai hatte Lange Brandenburgs Verfassungsschutzchef Jörg Müller gefeuert.

Grund dafür soll sein, dass Lange erst mit rund einem Monat Verspätung von Müller darüber informiert worden war, dass bereits am 14. April die AfD in Brandenburg vom Verdachtsfall zur „gesichert rechtsextremistischen“ Gruppierung hochgestuft worden war.

Auch Ministerpräsident Dietmar Woidke war von dieser verspäteten Information überrascht worden.

Eben jener Dietmar Woidke war einer der wenigen Sozialdemokraten im Osten, die von der bundesweiten Anti-AfD-Kampagne der Bundesregierung mit einem „Ich-oder-die-AfD“-Wahlkampf bei der Brandenburg-Wahl 2024 wirklich stark profitierte.

Damals hatte sich die SPD als die entschlossene Kraft gegen die AfD inszeniert, nun entlässt sie ausgerechnet jemanden, der sich mit voller staatsmännischer Überzeugung dem Kampf gegen die AfD gewidmet hat.

Der Vorwurf steht im Raum, Lange habe versucht, die Hochstufung der AfD aus politischen Erwägungen heraus zu verhindern, und damit grob die von ihrem Haus selbst festgelegten Zuständigkeiten verletzt.

Was sie zunächst abtritt musste die Ministerin inzwischen eingestehen:

Im April gab es mehrfach einen Austausch zwischen der Hausspitze und Müller zum Thema AfD. Nach der für den Verfassungsschutz geltenden Dienstweisung lag die Entscheidungshoheit über die Einstufung allein beim Leiter des Nachrichtendienstes.

Lange hingegen agierte als ob sie als Ministerin allein über die AfD-Hochstufung entscheide.

Sie musste darüber hinaus auch zugeben, dass sie auf einem Treffen mit Müller am 9. April versucht hatte die Entscheidung des brandenburgischen Verfassungsschutz zumindest hinaus zu zögern.



Nach dem Müller-Rauswurf hat die Innenministerin den Verfassungsschutz wieder an die kurze Leine genommen, die alte Dienstweisung wieder in Kraft gesetzt, nach der die politische Hausleitung, d.h. in diesem Falle sie persönlich, über Extremismus-Einstufungen entscheidet.

Es wird deutlich, dass als Teil der Krise der Sozialdemokratie, ihr auch

von ihr kontrollierte Teile des Staatsapparats zu entgleiten drohen.

Die Maßnahmen von Müller sollten dies wohl korrigieren, werden aber vor allem in der öffentlichen Meinung zum Boomerang, wenn auch als Teil des Theaters, der das bürgerliche Parlament ist.

Die Krise der Sozialdemokratie setzt sich fort und die SPD-Bonzen tragen die Verantwortung dafür selbst. •

SPD-FILZ BEI DEN STADTWERKEN

Ein Mehrfachskandal erschüttert die Dortmunder Stadtwerke: Deren Energietochter DEW21 machte viele Millionen Euro Verlust, deren sogenannte Ökostromtochter „Stadtenergie“ hat Abrechnungen manipuliert und Zehntausenden Kunden betrogen. Darüber hinaus wurden Geldströme vertuscht und Bilanzen frisiert.

Im Jahr 2023 verbuchten die Dortmunder Stadtwerke Millionen Euro Verlust. Die Dortmunder Stadtwerke schütteten deswegen 2024 keine Dividende aus. Millionen fehlen der Stadt im Haushalt. Die oberste Stadtwerke-Chefin Heike Heim wurde fristlos entlassen. Ein Mitarbeiter der Stadtenergie ebenso, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Ein riesiger Scherbenhaufen, den Frau Heim verursacht hat und trotz alledem gegen ihre Kündigung klagt.

Durch manipulierte Rechnungen wurden mehr als 71.000 Kunden der DEW21-Tochter Stadtenergie um mehr als 35 Millionen Euro geprellt. Allein im Geschäftsjahr 2023 fuhr es einen Verlust in Höhe von 93,2 Millionen Euro ein. Wegen überkauften Fehleinkäufe soll die DEW21 bis zu 100 Millionen Euro verloren haben.

Ende Mai begann der Prozess, den Heim gegen ihre Kündigung angestrebt hatte. Heims Rechtsanwalt macht deutlich worum es geht. Man sei grundsätzlich gesprächsbereit und vergleichsbereit, vorausgesetzt *man einige sich in einer vernünftigen Art* - keine besonders verklausulierte Anspielung auf eine mögliche hohe Abfindungszahlung für Heim.

Wer sich die DEW21 genauer anschaut, dem begegnet ein politisch durchsetztes Unternehmen mit vielen internen Konflikten, seltsam passiven Topmanagern und einem offenbar heillos überforderten Aufsichtsrat unter dem Vorsitz des Dortmunder Oberbürgermeisters.

Mit 4.000 Mitarbeitern und 1,6 Milliarden Euro Jahresumsatz sind die Stadtwerke eine staatskapitalistische große Nummer in Dortmund. Strom, Fernwärme, Gas, Internet, Kabelfernsehen, Nahverkehr, Wohnungen, in halb Deutschland verteilte Windparks, der Hafen, der Flughafen, diverse Stadtentwicklungsprojekte – ein buntes Konglomerat versteckt sich hinter dem Kürzel DSW21. Gewinne im dreistelligen Millionenbereich bringen der Stadt wichtige Geldmittel.

Fast 17 Jahre herrschte Guntram Pehlke über die Stadtwerke. Der SPD-Mann galt und gilt als einer der einflussreichsten Strippenzieher der Stadt. Im Jahr 2022 verdiente er allein bei DSW 570.000 Euro, heißt es im Vergütungsbericht der Stadt – mehr als das Doppelte des Oberbürgermeisters.

Anders als in anderen Städten ist die Klängelei um Spitzenpositionen in der städtischen Wirtschaft in Dortmund allerdings kein Geheimnis. Als Pehlke 2023 in den Ruhestand ging, machten SPD und Grüne ihren Deal sogar in einer Pressemitteilung öffentlich. Man habe sich auf „ein gemeinsames Vorgehen bei den wichtigen Personalentscheidungen für die kommunalen Unternehmen“ geeinigt, teilten sie mit. Die Wahl fiel auf Heike Heim für die SPD, dafür wurde der Vorsitz der Geschäftsführung von den Grünen ausgewählt.



THE RED DETACHMENT OF WOMEN

Wir wollen hier einen Film aus der Zeit, als China ein revolutionäres Bollwerk war, empfehlen, der 1961 erschien und als eine fiktive Geschichte zwei junge Bäuerinnen zeigt, die sich in der chinesischen Revolution der Roten Frauenabteilung in der Roten Armee anschließen.

In ihrem Kampf wird die Protagonistin Qiong Hua begleitet, wie sie geschmiedet wird und sich verwandelt von einer impulsiven, aber mutigen Sklavin, die es gewohnt ist hauptsächlich alleine zu kämpfen, zu einer Kommunistin, die stets an das Kollektiv denkt und nie die langfristigen Ziele aus dem Blick verliert.



Der Film wurde 1966 zu einem der acht „beispielhaften revolutionären Theaterstücke“ erhoben unter der Führung von Genossin Chiang Ching, einer hervorragenden kommunistischen Führerin, die in der Organisation von revolutionärem Theater die führende Rolle gespielt hat. Der Film ist auch bekannt als ein Ballett, das etwas später uraufgeführt wurde.

Mittelpunkt der Geschichte sind zwei Frauen, die in der Roten Frauenabteilung der Roten Armee in der neudemokratischen Revolution in China in den 1930er Jahren kämpfen.

Der lokale Feind gegen den gekämpft wird ist Nan Batian, ein feudaler Grundbesitzer, der auch Sklaven besitzt, die er grausam behandelt. Eine davon ist Qiong Hua, die anfangs durch eine geschickte Befreiungsaktion der Kommunistischen Partei Chinas befreit wird und ihrem Wunsch folgt, zur Roten Armee zu gehen.

In mehreren eindrucksvollen Szenen sieht man die Frauen der Roten Frauenabteilung, wie sie ihre Hymne singen. Im ersten der beiden Momente treffen die Protagonistinnen erstmals auf die Rote Armee im revolutionären Gebiet.



红色娘子军

THE RED DETACHMENT OF WOMEN

Hier hält die Rote Frauenabteilung gerade einen Marsch ab und dazu wird deren Hymne gesungen wird mit den Zeilen „Die Verantwortung der Kämpfer ist schwer, der Zorn der Frauen ist stark“ und „Kommunismus ist unsere Überzeugung, die Kommunistische Partei ist unsere Führung“.

Das reißt die beiden sofort mit, und spontan schließen sie sich dem Marsch an und laufen beherzt mit. Als ihnen erklärt wird, dass sie eigentlich nicht so einfach ohne weiteres mitmachen können, beharren sie darauf, zu bleiben – und dieser Wunsch wird ihnen aufgrund ihrer Beharrlichkeit auch erfüllt.

In einem anderen Moment, später im Verlauf des Filmes, werden die Frauen in einer Schlacht gegen die Truppen des alten feudalen Systems gezeigt. Hier sieht man, dass während des Kampfes permanent die rote Fahne mit Hammer und Sichel weht, und dass es immer einen gibt, der die Aufgabe hat diese zu halten. Wird dieser im Kampf getroffen, übernimmt direkt der nächste bevor die Fahne zu Boden geht.

Als Qiong Hua in einem Moment die Lage auf dem Schlachtfeld aufklärt, findet sie in den hinterbliebenen Unterlagen des verhafteten Parteisekretärs, der für die Rote Frauenabteilung verantwortlich war, einen genehmigten Antrag auf Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei für sich. Sie schließt ihre Faust und blickt entschlossen nach vorne, es ist offensichtlich, dass sie dieses Angebot annimmt.

Als die Schlacht vorbei ist und die Frauen sich einen Überblick über die Verluste schaffen, sind sie erst niedergeschlagen, weil sie realisieren, dass Genossen gefallen sind.

Die Führerin der Truppe, mittlerweile Qiong Hua, erklärt, dass sie sich die Tränen wegwischen sollen und sich jetzt rächen müssen, gemeinsam koordiniert und nicht impulsiv. Sie müssen die Verantwortung annehmen, die ihnen die Gefallen überlassen haben. Erneut wird hier die Hymne der Roten Frauenabteilung gesungen und die Genossinnen gewinnen wieder an Kampfgeist.

In einem anderen Moment des Filmes sind die beiden Protagonistinnen bei einer Aufklärungsmission zu sehen. Sie sollen Dinge über Nan Batian in Erfahrung bringen, indem sie ihn und seine Gefolgschaft aus nächster Nähe beobachten. Da verliert Qiong Hua die

Kontrolle, der Hass auf ihre jahrelange Unterdrückung und Gefangenschaft packt sie, und sie schießt auf ihn.

Damit wurde der Plan nicht erfüllt: unentdeckt auszukundschaften und anschließend zu berichten. Zurück im Lager wird Qiong Hua dafür kritisiert, dass sie impulsiv und entgegen der Absprache gehandelt hat, anstatt den kollektiven Hass des ganzen Volkes zu sehen, und ihn in zentralisierte revolutionäre Arbeit nach Plan zu kanalisieren.

Der Film zeigt so, dass es Organisation braucht und keine heroischen Einzelkämpfer. Denn der Kampf alleine ist ein Kampf gegen Windmühlen und kann nicht gewonnen werden.

Man erlebt die Entwicklung der Protagonistinnen und kann sehen, wie die Kommunistische Partei ihre Massen schmiedet, hin zu verantwortungsbewussten Kämpferinnen. Die ehemalige Sklavin Qiong Hua und die Bäuerin Fu Honglian haben sich verwandelt zu beherzten und furchtlosen Kämpferinnen der Revolution, die statt prachtvollen Kleidern lieber ihre Uniform lieben.

Der Film ist auf chinesisches mit englischen Untertiteln in voller Länge auf dem Youtube Kanal DemVolkeDienen zu sehen, und es lohnt sich ihn anzuschauen. •



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

**ROTE
POST** 